

ASTA INFO

Nr. 11

Studentenschaft der THD 8.6.82

Auf nach Bonn !!

Am 10. Juni findet in Bonn eine bundesweite Demonstration anlässlich des Nato-Gipfels statt.

Auf diesem Nato-Gipfel wird über neue Aufrüstungsschritte des westlichen Bündnisses beraten, möglicherweise werden sie beschlossen.

Dagegen wehren sich eine breite Palette von Initiativen und Organisationen in der Bundesrepublik und mobilisieren zu dieser Demonstration, um den verantwortlichen Politikern klar zu machen, daß wir ihre Vorstellung von "Sicherheitspolitik" nicht mittragen werden. Gerade in jüngster Zeit hat der Falklandkonflikt gezeigt, daß Staaten in einer Situation innenpolitischer Instabilität als letzte Möglichkeit die Stabilität der Nation aufrecht zu halten, einen Krieg mit einer anderen Nation provozieren. Dies gilt für Argentinien genauso wie für Großbritannien das ja bekanntlich riesige wirtschaftliche Schwierigkeiten hat. Die Falkland-Inseln haben außerdem für Großbritannien und damit für die Nato geostrategische Bedeutung, kann man doch von da aus den unteren Zipfel Südamerikas kontrollieren. Deshalb auch das Scheitern der Verhandlungen um die nationale Zuordnung der Inseln im Vorfeld dieses Krieges.

Fast schon als Satire heimelt es an, wenn dann als Argument für den Konflikt ins Feld geführt wird, daß die Waffen ja auch mal ausprobiert werden müßten.

Gerade an diesem Konflikt wird deutlich, daß alternative Widerstands-Konzepte - Stichwort zivile Verteidigung - viel stärker diskutiert werden müssen.

Der offizielle Aufruf zur Demo am 10.6. tut dies nicht. Er verliert kein Wort über die Friedensbewegung in der DDR, die doch unter viel repressiveren Bedingungen arbeiten muß als wir.

Deshalb unterstützen wir die Formulierung des Aufrufs "der Grünen" anlässlich der Demo, den wir im Folgenden dokumentieren:

Aktive Gewaltfreiheit

Die Forderung nach einer gewaltfreien Demonstration ist nicht Ausdruck unseres Mißtrauens, andere Teile der Friedensbewegung könnten nicht gewaltfrei demonstrieren wollen. Der aktive, gewaltfreie, nicht verletzende Widerstand ist für uns ein wichtiges Element alternativer Verteidigungsstrategien. Unser gemeinsames Engagement gegen die atomare Bedrohung und den Rüstungswettlauf in West und Ost muß unverkennbar "gewaltfrei" sein, damit nach innen und außen Mittel und Ziel unserer friedenspolitischen Perspektive sichtbar werden.

Das vorrangige Ziel der bundesdeutschen Friedensbewegung ist die Verhinderung der Nato "Nach"-Rüstung. Deshalb wird die gesamte Friedensbewegung anlässlich des Nato-Gipfels in Bonn, an dem auch der amerikanische Präsident teilnehmen wird, ihren Protest gegen die fortschreitende Nato-Aufrüstung erheben. Die Vorbereitung dieser Demonstration hat für uns jedoch Probleme aufgeworfen, die wir in die Diskussion der Friedensbewegung einbringen wollen.

Wir meinen, daß die Friedensbewegung sehr bald in eine politische Sackgasse geraten wird, wenn sie die Blocklogik der Aufrüster in Ost und West direkt oder auch indirekt in ihrer friedenspolitischen Strategie verankert.

Die Friedensbewegung ist eine internationale blockübergreifende Entmilitarisierung und Emanzipationsbewegung. Unsere Solidarität gilt allen, die mit beiden Beinen in dieser Friedensbewegung, nicht aber mit einem Bein in einem der beiden Militärblocke stehen. Die Aufrechterhaltung der Blockkonfrontation verschärft die Kriegsgefahr. Deshalb fordern wir eine Friedenspolitik, die die Auflösung der beiden Militärblocke zum Ziel hat.

Für Abrüstung in West und Ost

Die Forderung "keine neuen Atomwaffen in Europa" greift zu kurz. Als zentrale Forderung für einen Aufruf anlässlich des Nato-Gipfels wollen wir die Zielsetzung und damit die Handlungsgrundlage der Friedensbewegung vor und vor allem nach dem 10. Juni mit einbeziehen. Deshalb:

- keine Nato "Nach"-Rüstung
- für sofortige Abrüstung in West und Ost bei uns damit anfangen
- für eine ABC-waffenfreie Zone in ganz Europa

Frieden und Menschenrechte sind untailbar in West und Ost

Wir fordern die Aufhebung des Kriegsrechts in Polen, die Wiederzulassung insbesondere die der freien Gewerkschaften Solidarität und den sofortigen Abzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan.

Wir verurteilen die Militärdiktatur in der Türkei und fordern alle Staaten, insbesondere die der Nato auf, jede aktive oder passive, finanzielle oder militärische Unterstützung sofort einzustellen.

Die Forderung nach Freilassung aller politischen Gefangenen in der Türkei, El Salvador und anderen Ländern der Welt abzulehnen, ist das beschämende Kalkül derjenigen, die Angst haben, man könnte das Gleiche auch für die Länder des Warschauer Pakts fordern. Wir sind mit den Vertretern der "Charta 77" in der CSSR (in einem Anfang April 82 von ihren drei Sprechern veröffentlichten Brief) der Meinung "daß man der Ehrlichkeit der Friedensbestrebungen dort nicht Glauben schenken kann, wo die Menschen- und Bürgerrechte unterdrückt werden, oder wo dazu geschwiegen oder die Unterdrückung sogar gut geheißt wird".

Für Frieden sind nur diejenigen glaubwürdig, die mit Menschenrechtsverletzungen in Ost und West nicht selektiv vorgehen.

Gegen militärische und zivile Atomanlagen

Auch die Atomenergiewirtschaft in Ost und West, der Atom Müll und die Atomreaktoren und Atombomben sind nicht voneinander zu trennen. Zivile Atomanlagen fordern den Bau von Atombomben, Atomkraftwerke sind im Kriegsfall Magneten für militärische Angriffe.

Für eine gesamteuropäische, internationale Friedensbewegung

Der aktuelle Anlaß der Demonstration (Nato-Gipfel) darf die notwendige Perspektive der Friedensbewegung nicht überschatten. Diese ist gegeben, wenn wir die Friedensveranstaltung in Bonn am 10.6. sowohl als Solidaritätsveranstaltung mit der amerikanischen, als auch mit der osteuropäischen Friedens- und Emanzipationsbewegung verstehen.

Charta 77, Solidarnosc und Schwerter zu Pflugscharen sind für uns ebenso natürliche Verbündete im Widerstand gegen Aufrüstung und menschenverachtende Politik, wie die amerikanische Friedensbewegung oder die Befreiungsbewegung in der Dritten Welt.

Wir sind verbunden mit den Bürgern der DDR, die ihren Friedenswillen mit dem Symbol "Schwerter zu Pflugscharen" bekunden und Vorschläge zu beiderseitiger Abrüstung formulieren. Wir verurteilen auf Schärfste die Stellungnahmen der Regierenden in Ost und West, die die Friedensbewegung in ihrem eigenen Land als von der anderen Seite gesteuert diffamieren. Wir appellieren an die Staatsführung der DDR, die Diskriminierungen, Schikanen, Haftbefehle und Ermittlungsverfahren gegen Mitglieder der neuen Friedensbewegung zu unterlassen und das, was sie hierzulande in der Bundesrepublik Deutschland bejubeln, auch in ihrem eigenen Land zuzulassen.

